

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Subventionierung der Konzernunternehmen im Bereich der Hochseefischerei

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Ziele und Grundsätze verfolgte die Bundesregierung mit der bisherigen Subventionspolitik im Bereich der deutschen Hochseefischerei? Sind die Ziele nach Ansicht der Bundesregierung bis 1985 erreicht worden?
2. Welche nachteiligen Wirkungen haben die Subventionen im Bereich der Hochseefischerei gehabt, und wie schätzt die Bundesregierung den Verlust an marktwirtschaftlicher Substanz und ökonomischer Effizienz in der Hochseefischerei ein?
3. Welche Subventionen wurden in welcher Form (Anpassungshilfen, Erhaltungshilfen, Produktivitätshilfen) und in welcher Höhe in den letzten zehn Jahren an die einzelnen Reedereien (-gruppen) gezahlt?
4. Wie war die Entwicklung der Betriebsstruktur der Reedereien, der Flotte und der Anlandungen von 1950 bis 1985?
5. Welche Konzerne und Muttergesellschaften hielten ab 1980 bis 1985 Beteiligungen an welchen Reedereigruppen?
6. Welche Mitnahmeeffekte wurden im Bereich der Subventionspolitik für die Hochseefischerei festgestellt, und durch welche Formen und in welcher Höhe flossen Finanzhilfen indirekt an integrierte Verarbeitungs- und Handelsunternehmen der gleichen Muttergesellschaft?
7. Wie entwickelte sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Hochseefischerei und in den Anlandungsbetrieben?
8. Welches Konzept zur Erhaltung und Förderung der deutschen Hochseefischerei verfolgt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, und welche Form der öffentlichen Beteiligung und finanziellen Förderung sind in diesem Konzept vorgesehen?
9. Welche Bedenken hat die Bundesregierung, insbesondere das BMWi und das BMF, gegenüber dem Konzept der Fanggesellschaft unter Bundesbeteiligung?

10. Sollen die Mittel zur Förderung der Fanggesellschaft im Agraretat angesetzt werden, und wie soll die Deckung erfolgen? Sind die Mittel in der Finanzplanung vorgesehen?
11. Sollen die vorgesehenen Mittel in Höhe von 100 Mio. DM durch Kürzungen innerhalb des Agraretats gedeckt werden?
12. Wie hoch sind die Deckungsrisiken für das Beteiligungsdarlehen bei verschiedenen Darlehensbedingungen anzusetzen?
13. Welche positiven Struktureffekte werden durch das von der Hochseefischerei vorgeschlagene Darlehen in Höhe von 100 Mio. DM erzielt werden?
14. Ist es richtig, daß das Darlehen in Höhe von 100 Mio. DM für den Ankauf der Fangschiffe durch die Einheitsgesellschaft vorgesehen ist und damit das Darlehen den Muttergesellschaften der Reedereiunternehmen als Kaufpreis zufließt?
15. Die Schiffe, die die Einheitsgesellschaft den Muttergesellschaften mit Hilfe des Bundesdarlehens abkaufen soll, sind bereits mit erheblichen Bundesmitteln gefördert worden (Neubaudarlehen, Zinsverbilligung, Struktur- und Erhaltungshilfen).
Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Doppelsubventionierung der Hochseefischerei?
16. Wie hoch waren die Subventionen für die jetzt noch im Betrieb befindlichen Fangschiffe in der Vergangenheit insgesamt, und wie hoch waren sie für jedes einzelne Schiff?
17. Mit welchen Kontrollmöglichkeiten wird die Bundesregierung die ordnungsgemäße Verwendung des 100 Mio.-Darlehens und die Einhaltung der gewinnabhängigen („weichen“) Bedingungen der Fanggesellschaft überprüfen?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gewinnaussichten der Fanggesellschaft, die mit einem hohen Fremdkapitaleinsatz und einem hohen Abschreibungsbedarf für den Kaufpreis der Schiffe arbeiten muß?
19. Wieviel Arbeitsplätze werden durch die Fanggesellschaft gesichert, und wie hoch ist der Anteil an ausländischen Arbeitnehmern
 - a) auf den Schiffen,
 - b) in den Verarbeitungsbetrieben?
20. Wie hoch sind die einzelnen Durchschnittslöhne der verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen?
21. Wie hoch ist der Anteil der Auslastung der Anlandungs- und Verarbeitungsbetriebe durch die Schiffe der deutschen Hochseefischerei mit ihrer derzeitigen Kapazität im Vergleich zu den Anlandungen durch ausländische Unternehmen?

Bonn, den 1. April 1985

Dr. Vollmer

Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion